

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: C. G. Neumann, Neudammstr. 25/26.
Für den Verleger: C. G. Neumann.

Bezugs-Gebühr In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.
Anzeigen-Preise. Die einseitige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter 5 Zeilen u. Wohnungsanzeigen, 1spaltige 5.— u. 6.— M. u. 7.— M. Bezugsgebühren sind nicht inbegriffen. Zusätzl. Aufträge geg. Vorabzahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 0 P.

Schriftleitung und Hauptverleger:
Neudammstr. 25/26.
Verlag von Neumann & Neumann in Dresden.
Polizeisch.-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufsort: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Kompromißvorschlag der bürgerlichen Parteien.

Eine Zwangsanleihe von 40 Milliarden.

(Eigene Information der „Dresdner Nachrichten“.)

Berlin, 25. Jan. Die politische Lage stellt sich um die Mittagsstunde folgendermaßen dar: Kurz vor 10 Uhr traten das Zentrum, die Demokraten, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, an der auch der Reichskanzler, Dr. Rathenau und Herweg teilnahmen. Die Verhandlungen dienten der weiteren Erörterung der strengen Beratung, die als ergebnislos abgedroht war. Infolgedessen handelt es sich für die bürgerlichen Parteien darum,

neue Vorschläge

zu finden, denen die Sozialdemokratie nach ihrer Ansicht zustimmen könnte. Die Aussichten hierzu sind jedoch außerordentlich gering, da die Sozialdemokraten nach wie vor erklären, an ihrem Standpunkt unabänderlich festzuhalten. Die Demokraten hatten einen Vermittlungsvorschlag

gemacht, der darauf hinausläuft, 100 Prozent des zweiten Drittels des Reichsanleiheplans beschleunigt einzuzahlen. Um 11 Uhr war eine Beratung der U. S. P. beim Reichskanzler vorgelassen, die aber verschoben wurde, da die Besprechungen mit den bürgerlichen Parteien noch nicht beendet waren und der Reichskanzler Wert darauf legte, an diesen bis zum Schluss teilzunehmen. Die Beratungen der bürgerlichen Parteien haben nun zu einem vorläufigen Kompromiß geführt, und zwar mit folgender Basis:

Es werden sofort 10 Milliarden Papiermark auf dem Wege der Zwangsanleihe erhoben, die in den ersten fünf Jahren zinslos bleiben. Dafür wird auf sofortige Erfüllung des zweiten Drittels des Reichsanleiheplans verzichtet.

In diesem Kompromiß werden nunmehr die Fraktionen selbst Stellung nehmen. Heute nachmittags 5 Uhr wird eine öffentliche Versammlung darüber herbeigeführt werden. Zurzeit verhandelt der Reichskanzler mit den Unabhängigen, um auch diese zur Annahme des Kompromißvorschlags zu bewegen.

Streikbeschuß der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner.

Ultimative Forderung auf unverzügliche Aufbesserung der Einkommensverhältnisse.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. Jan. In seiner gestrigen Sitzung lehnte der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnenbesitzer und -Anwärter mit 60 gegen 16 bei zwei Stimmenhaltungen einen Streikbeschuß. Doch der Streikbeschuß in diesem Falle ohne die sonst übliche Voraussetzung einer Abstimmung gefaßt wurde, wird damit entschieden, daß die Satzungen der Reichsgewerkschaft für besonders dringende Fälle ein solches Abweichen von der Regel gestatten. Heute wird bei der Reichsgewerkschaft ein Aktionsausschuß gebildet, zu dem jede Fachgewerkschaft einen Vertreter entsendet und bei dem die Durchführung des Streikbeschlusses liegen wird. Zunächst soll dieser Ausschuß heute dem Reichsverkehrsminister, dem Reichsfinanzminister und dem Reichstag ein auf fünf Tage befristetes Ultimatum stellen, in dem eine unverzügliche Aufbesserung der Einkommensverhältnisse, insbesondere bei den unteren Beamtengruppen, verlangt und das Arbeitszeitgesetz sowie das Eisenbahnfinanzgesetz in seiner jetzigen Fassung abgelehnt wird.

Beschleunigte Verhandlungen über die Gewährung von Ueberreisungszuschüssen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 25. Jan. Zeit gestern finden im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften über die Gewährung von Ueberreisungszuschüssen in den Dänen statt, wo die Arbeiterlöhne der Reichs- und Staatsbetriebe niedriger als die Industrielöhne gehalten sind. Aus beiden Seiten besteht die Absicht, diese Verhandlungen möglichst schnell zu Ende zu führen. Ammerlin dürfte ihre Beendigung erst zu Beginn des nächsten Monats möglich sein, da die deutschen Wirtschaftsgebiete der Reihe nach auf die Frage hin geprüft werden. Zurzeit werden die Lohnverhältnisse im Rheinland und Westfalen geprüft.

Der Rücktritt Schobers.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Wien, 24. Januar.

Die Annahme des Vertrags von Lana ist, nachdem durch eine Neuorganisation die Befähigung der nationalen Schularbeit in Österreich freigegeben wurde, gesichert, da Christlichsozialisten und Sozialdemokraten für ihn stimmen werden. Gleichwohl in die Regierungsdirektion nicht zu werden, da Bundeskanzler Schöber der Vertrauensmann einer großdeutschen christlichsozialen Koalition war, und die Großdeutschen durch ihren Sprecher ausdrücklich den Rücktritt Schobers verlangten. Die Christlichsozialen Partei hält an dem Kabinett Schöber fest, die Sozialdemokraten machen kein Hehl daraus, daß sie ein Kabinett Schöber jeder anderen Kombination vorziehen, erklären jedoch, daß sie sich wegen ihrer grundsätzlichen oppositionellen Stellung an der Wahl der Regierung nicht beteiligen können. Eine Wiederwahl des Kabinetts Schöber wäre daher durch eine scheinbare Mehrheit, die aus den Christlichsozialen, der Deutschen Bauernpartei und dem Grafen Czernin besteht, gesichert.

Für die bürgerlichen Parteien kommt außerdem in Betracht, daß ein gänzliches Zurückziehen des Bundeskanzlers Schöber ins Privatleben unter anderem auch bedeuten würde, daß auch die Wiener Polizei und der Wiener Stadtschulrat vollkommen in die Hände des sozialdemokratischen Bürgermeisters Reumann gelangen würden, daß also die Gefahr bestünde, daß Österreich nicht nur eine sozialdemokratische Weichmacht, sondern auch eine sozialdemokratisch organisierte Stadtpolizei in Wien hätte. Auch vom Standpunkt des Verkehrs mit dem westlichen Ausland wäre das Ausscheiden des Bundeskanzlers Schöber ein bedeutender Verlust, da die Zeit noch in früherer Erinnerung steht, wo sämtliche Auslandsmissionen in Wien wieder mit dem Staatskanzler Dr. Neuner, mit einem anderen der damaligen sozialdemokratischen Bundesräte verkehrten, sondern ausschließlich mit dem Wiener Polizeipräsidenten, der auch heute noch als eine Persönlichkeit von internationalem Ansehen gilt.

Wenn man also von den ungewissen Mehrheitsverhältnissen absteht — die Majorität der Christlichsozialen samt ihren Hilfsgruppen gegenüber einer großdeutschen-sozialdemokratischen Opposition würde nur 3 Stimmen betragen — so würde einer Wiederwahl des Kabinetts Schöber nichts anderes im Wege stehen, als eben die Amtsunfähigkeit des Veranlassenen. Vielleicht ergibt sich indes eine gewisse Entspannung, wenn die Großdeutschen unter gewissen Umständen wieder für einen Eintritt in die Regierungsmajorität gewonnen werden können. Bis dahin wird man sich mit einem rein christlichsozialen Ueberreisungsministerium behelfen.

Die Herr Schöber war nicht gerade mit Erfolgen besegnet und insbesondere eine Reihe von Hoffnungen, die sich das Ministerium Schöber auf finanziellen Gebieten gemacht hatte, sind unerfüllt geblieben. Insbesondere gilt dies von der Reform der Staatsverwaltung, über die durch ein Beamtenkabinett glaubte man die ungeliebten Inflationen der Umarmzeit im staatlichen Verwaltungsbereich paralysieren zu können. Aber es zeigte sich, daß die gewerkschaftliche Desorganisation des Beamtenkörpers schon zu große Fortschritte gemacht hat. Auch der Ueberreisungsminister hat der Rechnungshof seine Warnstimme erhoben und an einer langen Reihe von Beispielen nachgewiesen, daß im gesamten Verwaltungsbereich eine so vollkommenere Verwaltung eingerichtet ist, daß man sich nicht von einer staatlichen Verwaltung kaum mehr sprechen kann. In demselben Maße, in dem die Ueberreisungsminister bei der Verwendung staatlicher Gelder wächst, wächst merkwürdigerweise auch der Widerstand gegen jede Vermehrung der Arbeitsleistung. In diesen Zuständen, die durch das immer mehr um sich greichende Wirtschaftselend ein verhängnisvolles Gegenbild erhalten, liegt der innere Grund der gegenwärtigen Regierungskrisis. Österreich kann nur durch ein autoritäres Kabinett mit Erfolge regiert werden. Eine Regierung von dieser Kraft ist das Kabinett Schöber leider nicht gewiesen, konnte es auch nicht sein. Aber was auch immer kommen mag, wird nach diesem Rücktritt der bürgerlichen Parteien hervorgerufen werden, noch schwächer und noch autoritätsloser sein. Es werden neue Steuern vorgeschrieben werden, aber auch in sie werden die Beamten ihrer letzten Ordnung zu bringen vermögen. Denn der rechtliche Ordnungssinn ist in diesem Staate zu untrübe untergraben worden.

Annahme des Vertrags von Lana durch den österreichischen auswärtigen Ausschuss.

Wien, 24. Jan. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat gestern die Beratungen über den Vertrag von Lana beendet und ihn mit 14 Stimmen einstimmig angenommen. Zum Berichterstatter im Nationalrat für die am Donnerstag stattfindende Beratung des Vertrags wurde der frühere Bundeskanzler Maner bestimmt.

Deutsch-bürgerlicher Wahlzweig in Südtirol.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
München, 25. Jan. Die Münchner Zeitungen melden aus Innsbruck einen großen deutsch-bürgerlichen Wahlzweig in Südtirol. In Bozen erhielten die verschiedenen bürgerlichen Parteien 194 Stimmen, die Sozialisten und Italiener 687 Stimmen. In ganz Südtirol herrscht über den Sieg der bürgerlichen Parteien große Befriedigung. Die Niederlage der Sozialisten, die auf ihr Zusammengehen mit den Italienern zurückgeführt wird, ist eine überraschend große. In Meran und anderen Orten ist das Ergebnis ähnlich ausgefallen.

Schlechte Aussichten für Genua.

Hughes gegen Frankreichs und Rußlands Militarismus.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)

Paris, 25. Jan. Der „Chicago Tribune“ und dem „Exchange Telegraph“ kommt aus Washington die Nachricht zu, daß die Senatoren, die in den letzten Tagen mit dem Präsidenten Harding konferierten, die Erklärung abgegeben, daß die Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua überhaupt nicht teilnehmen wollten. In diesem Entschluß sei auch der Präsident gefaßt, nachdem sich Staatssekretär Hughes im Verlaufe der Konferenz von Washington der Teilnahme Amerikas an der Konferenz von Genua aus folgenden Gründen widersetzt hatte:

1. Weil Frankreich eine Armee unterhalte, deren Kosten es daran hindern, sein Budget ins Gleichgewicht zu bringen;
2. Weil in Rußland keine feste Regierung vorhanden sei;
3. Weil in Rußland eine sehr große Armee aufrecht erhalten werde.

Im Verlaufe der letzten Sitzung der Kommission, die die Entscheidung über die Teilnahme Amerikas an der Konferenz von Genua zu treffen hatte, stellte sich Senator Lodge auf den Standpunkt, den Staatssekretär Hughes eingenommen hatte und die anwesenden Delegierten rieten dem Präsidenten, keine Delegation nach Genua zu entsenden. In antinformativen Regierungskreisen erhärtet man allerdings, daß die Vereinigten Staaten sich an einer späteren Wirtschafskonferenz beteiligen würden, wenn die von Staatssekretär Hughes genannten Hindernisse beseitigt würden.

London, 25. Jan. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ schreibt, Amerika widerstehe sich der Anerkennung der Sowjetrevolution. Man sei der Ansicht, Rußland habe nichts zu bieten. Die Herrschaft Lenins, Trozkis und des roten Heeres hätten Rußland in die augenblickliche Lage gebracht. Es könne nur eine Vermehrung der russischen Gläubiger erwartet werden, solange die Bolschewisten und das rote Heer die Lage kontrollieren. In Bezug auf Frankreich herrsche in den höchsten Kreisen ein Gefühl der Bitterkeit und Resignation. Von allen Seiten werde auf die unmöglichen und selbstmitleidigen Forderungen der französischen Politiker und auf die unverantwortliche und gefährliche Politik hingewiesen, an der sie bereit wären, ihr Land zu verurteilen. (W. T. S.)

Amerikanische Bonhöfdröhung.

Washington, 25. Jan. Die Oppositionsdeputierten, welche ihre scharfe Agitation gegen den Nachschub der öffentlichen Kriegsschulden unentwegt fortsetzen, beabsichtigen eine

Deutschlands Ersuchen um Fristverlängerung für den Garantieplan.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)

Zürich, 25. Jan. Der „Secolo“ meldet aus Paris: Der deutsche Botschafter hat den Vorsitzenden der Garantiekommmission Dubois um eine Verlängerung der Frist für die Einreichung der deutschen Steuerreformvorschläge im Austrage seiner Regierung ersucht. Dubois erklärte sich hierzu nicht für kompetent und wies den deutschen Botschafter an die alliierten Kabinette.

Wirk gegen Poincaré?

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Rotterdam, 25. Jan. „Lain Telegraph“ meldet: Der deutsche Botschafter beabsichtigt am Sonnabend Lond George. Der Besuch dauerte eine halbe Stunde. Es versteht sich, daß die deutsche Regierung gegen die Erklärung Poincarés über die Frist für die Besetzung der Rheinzone Einspruch in Paris, London und Brüssel erhoben habe.

Rotterdam, 25. Jan. Die „Times“ melden: Lond George wüßte über Poincarés Erklärung, die Frist für die Rheinlandsbesetzung hätte noch nicht zu laufen begonnen, eine Stellungnahme des Obersten Rates herbeizuführen. Bis dahin nimmt Lond George von einer amtlichen Stellungnahme zu der Erklärung Poincarés in der Kammer Abstand.

Meinungsverschiedenheiten über den Zusammentritt des Obersten Rates.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Zürich, 25. Jan. Der „Tagesschau“ berichtet aus Paris: Die englische Regierung erhebt gegen den Zusammentritt des Obersten Rates, der von Frankreich beantragt ist, Einwendungen. Nach einem Bericht im „Echo de Paris“ wünscht Lond George die Festlegung der Tagesordnung für Genua durch einen schriftlichen Austausch der Kabinette. Der Oberste Rat soll zusammentreten, aber erst nach dem Abschluß der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, der erst mit ziemlicher Bestimmtheit für Februar zu erwarten ist.

